

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bierteljährlicher Abonnementpreis 0,75 Mt.,
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hilfs-Bund)
Berlin N.O. 55. Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt 25 Pf., Familienamt 15 Pf.,
Vereinsamt 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4728.

Nr. 87.

Berlin, Mittwoch, 30. Oktober 1912.

Vierteundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Zur Teuerung. — Der Einfluß der Invalidenversicherung auf die Armenpflege. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Literatur. — Anzeigen.

Zur Teuerung.

Man muß es den deutlichen Stadverwaltungen lassen, daß sie eifrig bemüht gewesen sind, die Teuerung der Bevölkerung erträglicher zu machen. Daß die von ihnen getroffenen Maßnahmen nicht ausreichten, lag nicht an ihnen, sondern daran, daß die Regierung an den nötigen Schritten zur Verringerung des herrschenden Notstandes fehlen ließ. Als dann Herr von Bethmann Hollweg gewisse Erleichterungen eintreten ließ, da waren es wiederum die Großstädte, denen die Durchführung der Verringerungsaktion übertragen wurde, und man muß sagen, daß sie sich der ihnen gestellten Aufgabe nach besten Kräften gewachsen zu zeigen bemühten. Sie haben vielfach erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt, um ihren Einwohnern billigeres Fleisch aus dem Auslande bieten zu können.

Selbstverständlich ist auch Berlin nicht zurückgeblieben. Wie groß gerade hier der Notstand war, das lassen am besten die Vorgänge erkennen, die sich an den ersten Tagen des Verkaufs russischen Fleisches in den städtischen Markthallen abgepielt haben. Daß an sich ein solcher erster Versuch noch hier und da Mängel zeigt, ist selbstverständlich. Das ist auch in der Reichshauptstadt der Fall gewesen. Der zur Verfügung stehende Fleischvorrat reichte auch nicht annähernd aus, die namentlich aus Arbeiterkreisen gestellten Anforderungen zu decken. In letzter Stunde aber kam noch hinzu, daß die Schlächtermeister, die den Verkauf des von der Stadt eingeführten Fleisches übernehmen hatten, zum Teil wortbrüchig wurden und sich weigerten, den Verkauf vorzunehmen. Infolgedessen haben sich dann in den Markthallen Dinge abgepielt, die nicht gerade erfreulicher Natur waren. Selbst zu Schlächtereien ist es gekommen und zu Ausdreitungen, die sich auf der Straße und in den Schlächtereien abgepielt haben. Niemand wird derartige Vorgänge gutheißen wollen. Trotzdem aber muß zur Ehre der Berliner Bevölkerung doch gesagt werden, daß die Hauptstadtmäcker solche Elemente waren, die sich überall einstellen, wo „etwas los ist“, und die jede Gelegenheit wahrnehmen, wo sie ihre Rabaulst betätigen können. Auch Frauen sollen sich an Erzeilen beteiligt haben. Wir billigen das nicht, aber verstehen es. Man muß sich einmal in die Lage von Arbeiterfamilien hineinsetzen, die wochenlang vielleicht kein Fleisch auf dem Tisch gesehen haben, und die nun vor Begierde brannten, billigeres Fleisch zu bekommen, um ihren Familien nahrhafteres Essen vorsetzen zu können. Die Hoffnung wurde in der schmerzlichsten Weise getäuscht. Ist es da ein Wunder, daß sich dann plötzlich die monatelang aufgepeiderte Empörung Luft macht? Sind es doch gerade die Hausfrauen, die am schwersten unter der Not zu leiden haben. Wohl fühlen auch die Männer die Teuerung an der mageren Kost. Den eigentlichen Mangel aber mit dieser Teuerung haben die Frauen zu führen, wenn sie ihre Einkäufe besorgen. Bei jeder Kleinigkeit erfahren sie, daß sie mehr bezahlen müssen, und dreimal müssen sie den Grobden andrehen, eh sie sich enttäuschen dürfen, ihn auszugeben. Aber selbst bei der größten Finanzknappheit ist es ihnen nicht möglich, zu verhindern, daß die Lebenshaltung herabgedrückt und verschlechtert wird. Wenn unter solchen Umständen plötzlich die Erbitterung gewaltig zum Ausbruch kommt, so ist das wie gewohnt verständlich. Man darf deshalb keinen Stein auf

die Frauen werfen. Im übrigen vollzieht sich jetzt auch in Berlin der Verkauf ausländischen Fleisches in geordneten Bahnen und hat bereits die gegenwärtige Wirkung gezeigt, daß die Schlächter auch sonst die Preise erniedrigt haben.

In dieser Zeit in der preussische Landtag zusammengetreten und hat gleich in den ersten Tagen eine Teuerungsdebatte zu verzeichnen gehabt. Ten Anlaß dazu haben zwei Interpellationen der Nationalliberalen und der Fortschrittler gegeben. Der Reichskanzler als preussischer Ministerpräsident hatte sich selbst zur Verantwortung eingehunden. Es ist nicht unsere Absicht, auf den Inhalt dieser Verhandlungen näher einzugehen, namentlich da sie gewissermaßen nur ein Vorbild sind zu Verhandlungen, die demnächst im Reichstage stattfinden werden, der ja allein ernsthafte Maßnahmen treffen kann. Immerhin aber verdienen einige Momente aus der Debatte besonders hervorgehoben zu werden. Es ist bezeichnend, daß Herr von Bethmann Hollweg im Gegenüber zu früheren Regierungserklärungen wiederum zugeben mußte, daß die Steigerung der Fleischpreise zu einer schweren Bedrängung zahlreicher Existenzen geworden und ein Einkreiten der Regierung im Interesse der Gesundheitshaltung unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens unumgänglich geboten sei. Aber noch mehr! Selbst der Führer der Konservativen, Herr Dr. v. Sander, mußte zugeben, daß wir es mit einer Skalamittel zu tun haben, die weitestgehend der Bevölkerung schwer bedrückt, und daß es Pflicht der Regierung sei, mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen, dieser Skalamittel entgegenzutreten. Allerdings betonte dieser Herr, daß der Reichskanzler durchaus recht habe, wenn er sagte, daß man mit den getroffenen Maßnahmen bis an die Grenze des Möglichen gegangen sei. Man wird abwarten müssen, was der Reichstag in dieser Angelegenheit weiter beschließt und wie sich Herr von Bethmann Hollweg dazu stellen wird. Daß derselbe an der „bemährten Wirtschaftspolitik“ festhalten will, wird niemand wundernehmen. Etwas anderes ist von ihm nicht erwartet worden. Andererseits aber muß es Genugtuung auslösen, daß der preussische Ministerpräsident sich für den Gedanken der inneren Kolonisation ausgesprochen hat. Es sollen nicht allein die bis jetzt noch unbenutzbaren Moorländer der Landwirtschaft nutzbar gemacht, sondern die Siedelungsgeellschaften unterstützt, das Hypothekrecht revidiert und vor allen Dingen die Aufteilung der Tomänen in stärkerem Maßstabe vorgenommen werden. Von einer Reform des Fideikommissrechts war freilich nicht die Rede, wie man denn überhaupt gut tun wird, sich nicht allzuviel von dem Kolonisationsplan zu versprechen, der selbst von den Konservativen gebilligt wird. Immerhin ist es aber bemerkenswert, daß der Gedanke von Herrn von Bethmann Hollweg überhaupt aufgenommen worden ist.

Wir würden glauben, uns einer Unterlassungssünde schuldig zu machen, wenn wir nicht auf eine Ausführung des preussischen Landwirtschaftsministers noch eingingen. Nicht ganz unecht kann man ihm geben, wenn er sagte, daß unsere Frauen und Mädchen die Zubereitung mancher Nahrungsmittel nicht genügend kennen. Das ist aber kein Vorwurf für die Frauen und Mädchen, sondern eher für unsere Wirtschaftspolitik, die die jungen Mädchen schon frühzeitig in die Fabrik treibt, so daß sie gar nicht den Haushalt in der wünschenswertesten Weise kennen lernen. Dann aber hat Herr v. Sander klug auf die Kamindenjucht in anderen Ländern, namentlich in Frankreich, hingewiesen. Diese Kamindenjucht soll auch bei uns

mehr gepflegt werden. Ein jeder könne Kaminden halten. Wie weltfremd muß doch dieser preussische Minister sein! Auf dem Lande oder in kleinen Städten ist das vielleicht möglich. Wie aber der großstädtische Arbeiter bei den teuren Mieten und den damit verknüpften engen Wohnungsverhältnissen Kamindenjucht treiben soll, das wird wohl das Geheimnis des Herrn v. Schorlemer bleiben. Sollen die Kaminden vielleicht in der Küche oder sonst an einem stillen Orte untergebracht werden? Es ist traurig, daß solche Männer mit über das Wohl und Wehe des Volkes zu beraten haben. Im übrigen wird sich Gelegenheit bieten, bei den Verhandlungen im Reichstage auf alle diese Dinge noch einmal näher einzugehen.

Der Einfluß der Invalidenversicherung auf die Armenpflege.

Von den Gegnern der sozialen Versicherung, wie wir sie deutlich gekennzeichnet haben, wird insbesondere auch bestritten, daß durch die Invalidenversicherung ein irgendwie bemerkbarer günstiger Einfluß auf die Armenpflege ausgeübt werde. Demgegenüber verdient ein Artikel „Zur Frage der Entlastung der Armenpflege durch die Invalidenversicherung“ in der letzten Nummer der „Monatsblätter für Arbeiterversicherung“) Beachtung. Da heißt es:

Daß die Armenpflege durch die gesamte Arbeiterversicherung, insbesondere auch durch die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, erheblich entlastet worden ist, wird von den Kennern der maßgebenden Verhältnisse nicht bestritten. Die günstige Einwirkung der Leistungen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung — der Krankenrenten bei vorübergehender, der Invalidenrenten bei dauernder Erwerbsunfähigkeit, der Altersrenten, sowie der durch die Reichsversicherungsordnung eingeführten Zuschüssen für Kinder invalider Personen und der neu begründeten Hinterbliebenenfürsorge, bestehend in Witwenrente, Waisenrente, Witwenrente, Witwen- und Waisenaussteuer, endlich der Heilanstaltspflege — und der Förderung der allgemeinen Wohlfahrtspflege durch die Träger der Invalidenversicherung ergibt sich ja ohne weiteres daraus, daß diese Leistungen und Fürsorge im weitestlichen den Personenteilen zukommen, die ihre einzige Erwerbsquelle in ihrer Arbeitskraft besitzen und bei deren Schädigung oder Vernichtung der Armenpflege anheimfallen. Demgegenüber kann nicht geleugnet werden, daß trotz des Eingreifens der Arbeiterversicherung in fast ganz Deutschland die Kosten der Armenpflege, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, nicht unwesentlich gestiegen sind. Der Grund hierfür ist aber in Umständen zu suchen, die mit der Arbeiterversicherung in keinem unmittelbaren Zusammenhang stehen; insbesondere kommen neben dem zunehmenden Ueberwiegen der Stadt- über die Landbevölkerung in Betracht: die Erleichterung des Erwerbes des Unterstützungswohnhauses, die allgemeine Verteuerung der notwendigen Lebensmittel, die Steigerung der Lebenshaltung auch in den unteren Schichten der Bevölkerung, das steigende Bedürfnis nach ärztlicher Hilfe bei Erkrankungen, die größere Hilfsbereitschaft der Armenverbände gegenüber der Not der Armen und endlich auch die Verbreitung der Kenntnisse armenrechtlicher Bestimmungen in den beteiligten Kreisen. Nur insofern hat die Arbeit-

*) Herausgegeben von Mitgliedern des Reichsversicherungsamts. Verlag von Schönd & Co., Berlin W. 9, Einftr. 29—24.

terversicherung vielleicht mittelbar die Steigerung der Armenlasten mitbewirkt, als sie den sozialen Geist in der Gesamtbevölkerung angeregt und damit einer umfassenderen, großzügigeren Armenfürsorge die Wege gebet hat. In den Erstattungen, die von den Versicherungsanstalten in steigendem Maße den Armenverbänden geleistet werden, wenn diese vorläufig Unterstützung gewährt haben, läßt sich aber auch ziffernmäßig eine Entlastung der Armenpflege nachweisen.

Die Invaliden- und Hinterbliebenenfürsorge muß die Armenpflege naturgemäß immer günstiger beeinflussen, je größer die Zahl derer geworden ist, denen die Wohlthaten der bezeichneten Fürsorge zugute kommen. Die Vergrößerung dieser Zahl wird bedingt durch die Gewährung von Bezügen auch an die Hinterbliebenen von Versicherten wie an die Reichsversicherungsordnung eingeleitet hat, durch das allmähliche fast gänzliche Verschwinden solcher Armen, welche die gesetzliche Wartezeit für die Invaliden- und Altersrente nicht erfüllt haben, sowie durch Belegung der in Betracht kommenden Bevölkerungsschichten über die Vorteile der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung und sonstige geeignete Maßnahmen, welche dem behauerlich oft eintretenden Verluste der bereits erlangten Anwartschaft vorbeugen.

In dieser Richtung wirkt eine neuerdings von der Hamburger Armenverwaltung ergriffene Maßregel, die zugleich beweist, wie sehr die beruflichen Stellen die entlastende Wirkung der Invalidenversicherung anerkennen. Jedem Hilfebedürftigen, der Beiträge zur Invalidenversicherung geleistet hat, soll künftig ein Merkblatt über die reichsrechtliche Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung ausgehändigt werden. In dem Merkblatt wird darauf hingewiesen, daß die Reichsversicherungsordnung die Leistungen weitenfisch erweitert hat, insbesondere um die Zuschüßrenten für die Kinder invalider Personen und um die Hinterbliebenenversorgung. Als Beispiel wird angeführt, daß ein nach dem 31. Dezember 1911 invalide gewordener Versicherter, der jährlich 250 Mark Rente bezieht und 5 Kinder unter 15 Jahren hat, für jedes Kind einen Zuschuß von 25 Mk., mithin zusammen jährlich 125 Mark erhält. Weiter ist erwähnt, daß die Renten invalider Witwen verstorbenen Versicherter anfangs etwa 70 Mk., die Witwenrenten anfangs etwa 30 Mk. jährlich betragen. Später aber jene auf 100 bis 175 Mk. und diese auf 40 bis 50 Mk. jährlich steigen können. Es folgen Belehrungen über die Zurücklegung der gesetzlichen Wartezeit für die Invaliden- und Altersrente sowie über das Erlöschen der Anwartschaft, das mangels eines die Pflichtversicherung begründenden Arbeitsverhältnisses durch freiwillige Weiterversicherung zu verhindern ist. Dabei wird bemerkt, daß es zur Erhaltung der Anwartschaft genügt, wenn jährlich 10 Marken der niedrigsten Lohnklasse zu 16 Pfg. gefleht, jedoch im ganzen jährlich 1 Mk. 60 Pfg. aufgewendet werden. Zweckmäßig wäre hier hinzugefügt worden, daß die Jahre, während welcher die Verwendung erfolgen muß, nicht Kalenderjahre sind, sondern von dem auf der Quittungskarte bezeichneten Ausstellungstag ab laufen. Es folgen die Mahnung, mehr und höhere Beitragsmarken zu verwenden, als zur Erhaltung der Anwartschaft unbedingt erforderlich ist, und eine Belehrung über das Wiederaufleben der erloschenen Anwartschaft, wofür eine gesetzliche Wartezeit von 200 Beitragswochen verlangt wird. Bemerkenswert ist weiter, daß bei zurückgelegtem 40. Lebensjahre die Anwartschaft bei freiwilliger Versicherung nur dann wieder auflebt, wenn vor ihrem Erlöschen mindestens 500 Beiträge entrichtet sind und danach noch eine Wartezeit von 500 Beitragswochen zurückgelegt wird, sowie daß nach Vollendung des 60. Lebensjahrs die Entrichtung von 1000 Wochenbeiträgen vor dem Erlöschen der Anwartschaft verlangt wird. Ausdrücklich wird hervorgehoben, daß diese erst durch die Reichsversicherungsordnung eingeführten Erleichterungen nicht gelten, wenn mit der Erneuerung der Anwartschaft vor dem 1. Jan. 1913 begonnen wird. Darauf wird auf die Notwendigkeit des Umtauschs der Quittungskarte gegen eine neue binnen 2 Jahren nach dem Ausstellungstag aufmerksam gemacht. Schließlich werden Ehefrauen und Witwen, die jemals gefleht haben, zur Weiterversicherung ermahnt, damit sie Anspruch auf die Invalidenrente, die stets höher sein wird als die Witwenrente, sowie auf Witwengeld und Witwenaussteuer erwerben.

In einem an die Armenbezirke ergangenen Rundschreiben weist die Hamburger Armenverwaltung darauf hin, daß künftig auf Grund der Reichsversicherungsordnung von der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung eine noch stärkere Entlastung der Armenpflege als bisher nach dem In-

validenversicherungsgesetze zu erwarten ist, und daß deshalb in Fällen, in denen Unterstützungsempfänger sich außerstande erklären, die zur Erhaltung ihrer Anwartschaft erforderlichen Marken aus eigenen Mitteln zu erwerben, sich die Bewilligung des kleinen Betrags aus öffentlichen Mitteln empfehlen wird. In Fällen dauernder Unterstützung noch nicht invalider Personen wird um Belehrung und möglichste Kontrolle der Beitragsentrichtung im Sinne des Merkblatts erwidert. In zweifelhaften Fällen wird die Einholung einer Auskunft der Zentralstelle empfohlen.

Obige Darlegungen lassen trotz des scheinbar ungünstigen Zahlenmaterials erkennen, daß zweifellos die gemeindlichen Armenlasten viel höher wären, wenn wir die soziale Arbeiterversicherung entbehren müßten. Ebensowenig kann darüber ein Zweifel bestehen, daß im Laufe der Jahre ein weiterer günstiger Einfluß sich geltend machen wird. Von weitestlicher Bedeutung würde es sein, wenn das von Hamburg gegebene Beispiel in dieser oder jener Form auch anderswo recht viel Nachahmung fände.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 29. Oktober 1912.

Sozialdemokratische Wahrheitsliebe. Wir haben schon in Nr. 85 den Nachweis geführt, daß unser Verbandsvorstand Herr Goldschmidt in der Berliner Stadtverordnetenversammlung in seiner Rede über das Tarifwesen und das Verhalten der sozialdemokratischen Gewerkschaften gegen die Gewerkschaften nur beweisbare Tatsachen vorgebracht hat, was wir zeitweilig für zweckmäßig hielten, nachdem der sozialdemokratische Stadtverordnete Glöckle und andere seiner Kollegen mit ihm dreist behauptet hatten, daß die Feststellungen unseres Vorstehenden unwarhaft seien.

Dabei spielten auch Vorgänge in der Freeseiden Jalouiefabrik eine Rolle, weshalb wir Herrn Freese, der als ein moderner Fabrikant sich in jeder Beziehung arbeiterfreundlich erwiesen hatte, das Stenogramm der Verhandlungen im Stadtparlament zuwenden ließen. Nachdem Herr Freese von dem Inhalt des Stenogramms hat Kenntnis nehmen können, sandte er unserm Vorstehenden folgenden Brief:

Sehr geehrter Herr Goldschmidt!

Ich danke Ihnen sehr für die Uebersendung des stenographischen Berichtes über die Sitzung der Berliner Stadtverordneten vom 3. d. M. Die Verhandlungen über meinen Streit mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften sind mir erst dadurch bekannt geworden.

Die Angaben, die Herr Stadtverordneter Glöckle in der Sitzung über die Vorgänge in meiner Fabrik gemacht hat, stimmen mit den Tatsachen nicht überein. Die Mitglieder der Deutschen Gewerkschaften haben bei mir niemals einen Druck auf andersorganisierte Arbeiter ausgeübt, so daß deswegen keine sozialdemokratischen Arbeiter mehr in meinem Betriebe sind.

Dagegen hat der sozialdemokratische Solgarbeiterverband versucht, durch einen neuen Tarifvertrag die Einstellung von andersorganisierten Arbeitern auszuschießen. Er hat das auch in den übrigen Berliner Jalouiefabriken erreicht. In meiner allerdings nicht, weil ich lieber meine Fabrik schließe, als auf solche Bedingungen eingehen würde.

Die im Solgarbeiterverband organisierten Einseher haben dann im März d. J., nachdem ein Teil der Arbeiter meiner Fabrik aus den sozialdemokratischen Verbänden ausgetreten war und sich den Deutschen Gewerkschaften angeschlossen hatte, von mir verlangt, daß ich ein Mitglied der Gewerkschaft nicht mehr als Einseher beschäftigen solle. Als ich das rund ablehnte, haben sie die Arbeit unter Kontraktbruch niedergelegt. Eine Woche später haben sich sämtliche Mitglieder des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes dem Ausstände angeschlossen.

Es mag sein, daß jetzt keine sozialdemokratisch organisierten Arbeiter in meinem Betriebe vorhanden sind. Daran sind aber nicht die Gewerkschaften, sondern ausschließlich die sozialdemokratischen Verbände schuldig, die erst unbillige Forderungen durchzusetzen versuchten und dann ihre Mitglieder veranlaßt haben, meine Fabrik unter Kontraktbruch zu verlassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebener

Heinrich Freese.

Der Brief zeigt, daß nicht unser Vorstehender, sondern Herr Stadtverordneter Glöckle unwarhe Behauptungen aufgestellt hat.

Herrn Glöckle gegenüber stellen wir ferner noch fest, daß in Hamburg der gemeinnützige Arbeitsnachweis im Solgarwerke zunächst daran scheiterte, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht zugeben wollten, daß auch andere als sozialdemokratische Gewerkschaften in den Vorstand des Arbeitsnachweises gewählt würden. Herr Glöckle behauptete, diese Darstellung sei unwarhaft. Sie ist aber leider wahr. Allerdings ist der Arbeitsnach-

weis später zustande gekommen, weil die Unternehmer sich dem Terrorismus der sozialdemokratischen Solgarbeiter-Verbände leider fügten und den Arbeitsnachweis unter Ausschluss der Gewerkschaften und der christlichen Gewerkschaften annahmen.

Eine recht unsoziale Stellung gegenüber der Arbeitslosenversicherung hat das Gesamtkollegium der Württembergischen Zentrale für Gewerbe und Handel in seiner am 23. Okt. abgehaltenen Sitzung eingenommen. Die Stadt Stuttgart hat ebenio wie die Stadt Gmünd auf kommunaler Grundlage eine Arbeitslosenversicherung eingeführt. Diese Tatsachen haben auch die staatliche Förderung der Arbeitslosenversicherung zur Sprache gebracht, die aber abgelehnt wurde mit der Mahnung, daß man den Kammerbeschlüssen auf Förderung der kommunalen Arbeitslosenversicherung der Regierung zur Ausführung nicht empfehlen könne, weil dies eine Unterstützung der Sozialdemokratie und eine Entlastung der sozialdemokratischen Zentralverbände bedeute. Außerdem bitte auch noch die Verwirklichung, daß man dem Lande immer mehr Arbeitskräfte dadurch entzieht.

Für das „liberale“ Württemberg ist dieser Beschluß sehr bezeichnend. Traurig, daß solche Einrichtungen von oben herab vielfach nach ihrer Wirkung auf die sozialdemokratische Partei und der ihr nahestehenden freien Arbeiterorganisationen geprüft werden. Als ob es nicht auch eine sehr große Zahl von Arbeitern gibt, die den sozialdemokratischen Beiträgen völlig fernstehen. Gerade jetzt, wo die Landtagswahlen vor der Tür stehen, kann diese soziale Ruchständigkeit recht böse Folgen zeitigen.

Eine Sympathieumgebung für Prof. Lujo Brentano. Der von den Schärfmachern beistehende „Matheoziozialist“ ist zweifellos der Münchener Nationalökonom Prof. Dr. Lujo Brentano. Seit Jahren wird er auf das heftigste wegen seiner sozialpolitischen Anschauungen bekämpft. Seine Hauptgegner sind der Geschäftsführer des bayerischen Industriellenverbandes und vor allem Dr. Alexander Tille, der sich sogar gemüht geüben hat, ein besonderes Buch gegen den Gelehrten zu schreiben, das so viel Beleidigungen enthält, daß demnächst vor Gericht darüber verhandelt werden wird. Die Angriffe gegen Prof. Brentano haben sich in der letzten Zeit besonders verdichtet, als er einen Vortrag über den Schutz der Arbeitswilligen hielt, in welchem auch den Selben einige bittere Wahrheiten gesagt wurden. Das reizte die Verteidiger dieser Weltanschauung. Mit allerlei Beleidigungen suchten sie Prof. Brentano herabzuwürdigen, so daß er sich gezwungen sah, die Hilfe der Gerichte in Anspruch zu nehmen, die den Beleidigern einige gehörige Teufsellet verrieten. Aber das Treiben ließ nicht nach. Welche Mittel die Gegner Brentanos im Kampfe gegen ihn anwenden, das geht aus einer Ansprache hervor, die einer seiner Hörer bei der Eröffnung der Vorlesungen an der Münchener Universität hielt. Als beim Beginn Prof. Brentano den Sozialal betrat, wurde er von den anwesenden Studenten in stürmischer Weise begrüßt. Einer von ihnen hielt eine kurze Rede, in welcher er den Gelehrten die Dankbarkeit und des Vertrauens seiner Hörer versicherte und ihn bat, nach wie vor seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung zu folgen. Dabei trat der Sprecher auch die bemerkenswerte Aeußerung, daß die Studenten mittelbar vor dem Besuch der Vorlesungen gewarnt worden seien, indem man den Zuwiderhandelnden wirtschaftliche Nachteile in Aussicht stellte.

Mit so schädigen Mitteln sucht man einen Gelehrten, der doch sicherlich nach seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung handelt und spricht, in den Augen seiner Schüler herabzuwürdigen. Es fehlen parlamentarische Ausdrücke, um ein derartiges niedriges Verhalten gebührend zu brandmarken.

Arbeiterbewegung. In der Uniongießerei zu Sönigberg i. Pr. dauert der Kampf noch immer fort. Der Versuch der Direktion, die Streikenden und Ausgesperrten zur Wiederaufnahme der Arbeit unter den alten Bedingungen zu bewegen, ist vergeblich gewesen. Die Hilfsarbeiter haben insoweit Entgegenkommen gezeigt, als sie die Lohnzulagen nur für die Zeit der gegenwärtigen Ueuerung beanpruchten. Aber auch davon wollte die Direktion nichts wissen, so daß der Kampf fortgeführt wird. — In den Ristenfabriken von Samburg-Altona streiken die Maschinenarbeiter und Ristenmacher. — Der Vorstand der Drahtbinner bei der Firma Sentschel in Hannover nimmt ebenfalls seinen

Fortgang, da die Arbeiter unter den veränderten Arbeitsverhältnissen unmöglich bestehen können. — In der Färberei und Wäschfabrik von Max Bloch in Berlin haben die Plattierinnen wegen erheblicher Lohnreduktionen die Arbeit eingestellt. — Auf Antrag der Deutschen Gewerbevereine hat die Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. beschlossen, im großen Elektrizitätswerk den Dreihündelwechsel, d. h. den Achtstundentag, einzuführen. — Ein größerer Kampf droht in der Textilindustrie von Gera auszubrechen. In einer Weberei hatten 80 Werkenstoffweber Forderungen gestellt, und als diese abgelehnt wurden, die Kündigung eingereicht. Da dieselbe nicht zurückgezogen wurde, hat der Verband sächsisch-thüringischer Webereien 20 000 in seinen Betrieben beschäftigten Webern zum 1. November gekündigt.

Wegen Differenzen in einigen Betrieben hat der dänische Arbeitgeberverein der Metallindustrie eine allgemeine Aussperrung angedroht. Kommt es zum Kampfe, so würden etwa 40 000 Eisenbahn- und Metallarbeiter hineingezerrt werden.

Zur Charakteristik der „Arbeitswilligen“. Vor der 2. Strafkammer des Landgerichts in Hamburg wurde kürzlich ein Prozeß verhandelt, der auf die Praxis der Streifbrehervermittlungszentralen und ihres Arbeitermaterials ein grelles Licht warf. Als Angeklagter hatte sich ein Stellenvermittler K. aus Hamburg zu verantworten, der sich lediglich mit der Vermittlung von Arbeitswilligen in Streifkäfen befaßte und wegen Betrugs angeklagt war. Wenn irgendwo in der Zeitung ein Streif gemeldet wurde, landete der laubere Herr sofort ein Empfehlungsschreiben an die betreffende Firma, in dem er sich als Vermittler von Arbeitswilligen empfahl. In Ausübung seines Berufs machte er Reisen in die Großstädte. Dabei kam er auch nach Berlin, wo er in den Anstalten und Kassen die erforderlichen Leute annahm. Natürlich war ihm die Hauptsache, möglichst viel Geld zu verdienen; über die Brauchbarkeit oder Nichtbrauchbarkeit des vermittelten Personals machte er sich keine Sorgen. In einem Falle sollte er für eine Breslauer Schuhfabrik Arbeiter, in der Hauptstadt gelernter Schuhmacher, liefern. K. schickte auch 37 Arbeiter, wovon nur zwei wirkliche Schuhmacher befanden. Der betreffende Unternehmer landete die Arbeiter zurück und will einen Schaden von 900 M. erlitten haben. Ein andermal sollte K. im Auftrag des Arbeitgeberverbandes Spezialarbeiter für eine Stockfabrik in Bürgel b. Frankfurt am Main liefern. Er erledigte den Auftrag in der Weise, daß er aus den überberichtigten Kassen des Hamburger Hafenviertels 45 „Arbeiter“ zusammenbrachte und sie an den Bestimmungsort beförderte. Unter der ganzen Schar befand sich auch kein einziger Spezialarbeiter, so daß die Firma keine Verwendung für die Leute hatte. Sie klagte über einen Schaden von 600 M. Auch in einem dritten Falle mußte der Unternehmer die angeworbenen Leute wegen ihrer völligen Unbrauchbarkeit schleunigst entlassen. Das Urteil lautete auf 8 Monate Gefängnis und 1 Jahr Ehrverlust.

Braucht man sich, wenn man diese Tatsachen liest, darüber zu wundern, daß überall da, wo solche Elemente als Arbeitswillige auftreten, es zu Ausbrechungen kommt? Auf wessen Seite dann die Schuld dafür liegt, kann man nach obigem leicht erkennen.

Wie sich im Kopfe eines Scharfmachers die Welt malt. In den Kreisen der Arbeiter und Angestellten ist schon seit Jahren der Wunsch rege, daß die Pfändungsgrenze mit Rücksicht auf die Verteuerung der Lebenshaltung über den jetzigen Satz von 1500 Mark heraufgesetzt wird. Andere Leute denken darüber anders. So spricht sich der in Arbeiterkreisen unruhigst bekannte Dr. Alexander Tille, Handelskammersekretär in Saarbrücken, in der von ihm redigierten „Südwestdeutschen Wirtschaftsztg.“ gerade im Gegenteil für eine weitestgehende Herabsetzung dieser Grenze aus. Er wünscht, daß die Pfändungsgrenze des Gehalts auf 1000 M. erniedrigt wird; außerdem sollen alle diejenigen, die nicht in der Lage sind, ihre Schulden zu bezahlen, obendrein noch durch Entziehung der Staatsbürgerrechte bestraft werden. Dabei erlaubt sich dieser Scharfmacher ein Urteil über die Arbeiterkraft, das der breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu werden verdient. Es heißt da nämlich in dem Geschreibsel:

„Dies jetzt haben sie Barren entnommen und nicht bezahlt, beim Handwerker arbeiten lassen und sind ihm die Bezahlung schuldig geblieben, Wohnungen angesetzt und sich der Mietzahlung entzogen — niemand hat ihnen dann auf den Leib rücken können, denn

das Gesetz ist ja so gültig, jeden Menschen mit Einkommen unter 1500 M. der Pfändungsmöglichkeit zu entziehen. Kein Pfennig ist von ihnen auf dem Zwangswege eingutreiben, solange nur ihr Monatseinkommen 125 M. nicht übersteigt. Und dies trotz der Tatsache, daß es im Deutschen Reich 5 Millionen Familien gibt, welche von weniger als 75 M. den Monat leben. Da plötzlich steigt mit der Konjunktur und mit der Mehrung der Gelegenheiten zur Anwendung höherer Fähigkeiten im Betrieb ihr Einkommen über 1500 M. empor, und damit bricht für sie der entsetzliche Zustand herein, daß sie vermögensrechtlich für ihre hauswirtschaftlichen Handlungen verantwortlich gemacht und zur Bezahlung ihrer Schulden herangezogen werden können. Wer einmal das Schlaraffenland hauswirtschaftlicher Verantwortlichkeit kennen gelernt hat, wer gewohnt war, Kolonialwarenhandler und Bäcker, Fleischer und Schneider noch zu verböhen, wenn diese Bezahlung forderten, denn ist das eine bittere Bille, und er wird alles tun, um diesem Kefche des Leidens zu entgehen. Aber wie? Ja, da richtet er sich eben gefeich ein, d. h. da beschränkt er sorgfältig und mit Vorbedacht seine Berufsleistungen so, daß er im Monate nur 124 oder nicht 125 M. verdient und der alte Paradieszustand der Unverantwortlichkeit, die Unfaßbarkeit bleibt ihm erhalten. Dies Sidgefeichleinrichten weiser Kreise der großgewerblichen Lohnarbeiterschaft ist heute ein schwerer Schaden für die Bedung ihrer Schicht und für die Steigerung der wirtschaftlichen Stärke der Industriebetriebe. Es ist die häufige Quelle des „nur immer hübsch sachte“, wie man in Schichten das schottische Ca' canny überliest. Dieser Krebschaden in der neuzeitlichen Verwendung von Handkraft ist nur zu belegen durch eine kräftige Herabsetzung der Pfändungsgrenze mindestens von 1500 auf 1000 M. und durch die Entziehung des Staatsbürgerrechts gegenüber allen denen, welche nicht einmal so viel hauswirtschaftliche Verantwortlichkeit beweisen, daß sie zahlen, was sie kaufen.“

Weshalb der Mann nur nicht gründliche Arbeit macht und gleich den Wunsch ausdrückt, daß derjenige, der seine Schulden nicht bezahlen kann, wie in der „guten alten Zeit“, in den Schuldturn geiebt wird? Auf diese Weise könnte man sich doch gleichzeitig einer ganzen Menge mißliebiger Elemente erwehren. Endlich auf die Ausführungen Dr. Tilles einzugehen, hieße dem Manne zu viel Ehre antun. Es genügt, wenn man dieses Geschreibsel als eine unerschämte Beleidigung der deutschen Arbeiterkraft hinstellt.

Ein neuer Beitrag zum Kapitel der Wohlfahrteinrichtungen. Den Textilarbeitern in dem kleinen württembergischen Orte Kuchen, die wegen Stellung von Lohnforderungen ausgeperrt sind, ist der Wert der Arbeiterwohnungen, die man allgemein als Wohlfahrteinrichtungen ansieht, durch folgendes Schreiben recht deutlich zu Gemüte geführt worden:

„Kuchen, 14. Oktober 1912.“

Herrn
Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß Ihr Mietvertrag mit uns am Sonnabend, den 12. Oktober d. J., erloschen ist, und daß Sie von Rechts wegen unsere Wohnung zu räumen hätten.

Wir bemerken, daß Arbeiter, welche bis Ende der Woche nicht ausgezogen sind, ab nächster Woche den doppelten Mietzins zu zahlen haben, ferner behalten wir uns vor, die Wohnungen räumen zu lassen, sobald wir dieselben durch Arbeitswillige belegen müssen oder für den Fall, daß gegen die Interessen der Firma agitiert bzw. Arbeitswillige befindert oder beschäftigt werden.

Achtungsvoll
Süddeutsche Baumwollindustrie.“

Es fehlt in diesem Briefe nur noch die Bemerkung, daß die Arbeiter in den Wohnungen bleiben dürfen, wenn sie koch machen und bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen. Aber auch ohne diese Bemerkung erkennt man aus dem Briefe der Firma sehr deutlich, welche Hesse für die Arbeiter das Wohnen in Fabrikwohnungen ist, daß diese nur ein Mittel sind, um auf Umwegen den Arbeiter seines Rechtes zu berauben, sich bessere Arbeitsverhältnisse zu erkämpfen.

Spiel und Sport im Erziehungswesen. In seiner Schrift: „Eine gesunde Jugend: ein wehrkräftiges Volk“ (Verlag von H. G. Teubner in Leipzig) tritt Dr. Schmidt-Gründler sehr energisch für eine größere Berücksichtigung von Spiel und Sport im Freien bei der Erziehung der Jugend ein. Er weist darauf hin, daß nicht nur in Schichten, wo Wohnungslehd, schlechte Ernährung und mangelhafte Pflege herrschen, die Jugend körperlich minderwertig ist, sondern daß auch die Jugend der sogenannten höheren Stände körperlich nicht den Anforderungen entspricht, die man an eine gesunde Jugend stellen müßte. Der Verfasser begründet dies mit einer Reihe ärztlicher Beobachtungen und mit den Ergebnissen der Aushebung zum Militärdienste. Aus Vergleichen mit Untersuchungen über England kommt der Verfä-

ger zu dem Ergebnis, daß die englische Jugend bedeutend kräftiger sei, was sich auch in einer 25 b. S. besseren Sterblichkeitsziffer der englischen Jugend zeige. Die Ursache für den großen Unterschied in der Gesundheit der deutschen und englischen Schüler sieht der Verfasser auf dem Gebiete der Erziehung, aber nicht auf dem der geistigen, sondern auf dem der körperlichen Erziehung.

„Denn allein diese letztere bietet in beiden Ländern so tiefgehende Unterschiede dar, daß sich daraus der große Gesundheitsunterschied ihrer gebildeten Jugend ungezogen erklären läßt. . . . Es ist das vorzügliche System ihrer körperlichen Jugendberziehung, d. h. der starke Betrieb der Körperübungen in freier Luft, dem die englische gebildete Jugend ihre überlegene Gesundheit verdankt.“

Der Verfasser übt Kritik an der heutigen Art des Turnunterrichts in den Schulen. Einmal seien die üblichen zwei Stunden in der Woche nicht ausreichend, zum andern aber sei auch die Art des Gerätturnens und der Freiübungen, noch dazu oft in staubigen geschlossenen Hallen, nicht einwandfrei. Er schlägt statt dessen die Einführung von mindestens sechs der körperlichen Übung gewidmeten Stunden vor, wovon zwei auf Turnen (aber möglichst auch im Freien), vier auf Spiel und Sport (Schwimmen, Eislauf, Ädern, Wandern) verwendet werden sollen. Für die letzteren Veranstaltungen wären zwei Spielmittage mit Pflichtbesuch in der Woche einzuführen. Als Beispiel, daß diese Forderungen durchführbar sind, wird auf Braunshweig verwiesen, wo sich bereits seit mehreren Jahren die Einführung pflichtmäßiger Spielmittage bewährt hat. Natürlich muß Hand in Hand mit Schulreformen auf diesem Gebiete auch von den Gemeinden aus Fürsorge für ausreichende Spiel- und Sportplätze getroffen werden.

Mit der Durchführung dieser Forderungen wird es noch gute Weile haben. Inzwischen tut man gut daran, das von Dr. Schmidt-Gründler gesteckte Ziel auf anderem Wege zu erkämpfen. Man sollte der Jugend d. Bewegung, auch wie sie in den Teutischen Gewerbevereinen gepflegt wird, größere Beachtung schenken. Dann würde wenigstens zum Teil das gut gemacht, was in der Schule verümt wird.

Gewerbevereins-Zeil.

Berlin. Die Gewerbevereins-Liedertafel veranstaltet am Sonntag, den 10. November, nachmittags 5 Uhr, in den Unionsfesthallen, Greifswalderstraße 21-23, ein großes Instrumental-, Vokalkonzert unter Mitwirkung des bekannten Kantischen Solisten-Ensembles. Wie die Gewerbevereins-Liedertafel stets bemüht ist, ihren Gästen etwas Gedeignetes zu bieten, so wird es auch diesmal ihr Bestreben sein, die Besucher in jeder Weise zufrieden zu stellen, wofür auch schon der Chorleiter Herr Krenzel die beste Gewähr bietet. Mit Rücksicht darauf, daß den Gästen ein genugsamer Besuch an den Kreisen der Gewerbevereinskollegen gerechnet werden.

Der Vorstand

der Gewerbevereins-Liedertafel.
Duisburg. Am 11. Oktober fand in der Gesamtstadt Duisburg die Gewerbevereinswahl statt, welche dieses Mal in veränderter Form getätigt wurde. Früher bestanden in den einzelnen Stadtteilen besondere Gewerbevereine; demnach gingen auch die Wahlen zu diesen einzeln und zu verschiedenen Zeiten vor sich. Dem Antrage des Ortsverbandes Duisburg an die Stadtverwaltung um ein einheitliches Gewerbegericht mit drei Spruchkammern wurde stattgegeben, ebenso daß die Wahl an einem Tage stattfinden soll und die Amtsdauer der Weisler von 4 auf 6 Jahre festgesetzt wurde. Wie bei den vorigen Wahlen, so gingen auch dieses Mal die Gewerbevereine mit den evangelischen Arbeitervereinen gemeinsam vor, und treue Waffenbrüderschaft wurde gehalten. Von 30 zu wählenden Weislerern erhielten die Gewerbevereine und die evangelischen Arbeitervereine 8, die „freien“ Gewerkschaften 9, die katholischen Arbeitervereine und christlichen Gewerkschaften 11 und die Polen 2. Mit dem Resultat können die Gewerbevereine vollauf zufrieden sein, zumal die „Genossen“ in einer ganz schmutzigen Art und Weise in ihren Flugblättern gegen die Gewerbevereine und ihre Verbündeten zu Felde zogen. Auch den christlichen Gewerkschaften muß dieses schlechte Zeugnis ausgestellt werden. Gerade von diesen hätte man eine andere Kampfesweise erwartet. Der Wahlkampf der Gewerbevereine war anständig und sachlich und trug wesentlich zu dem guten Wahlergebnisse bei. Dieser Vorstand und Vertrauensmänner haben auch bei dieser Wahl wiederum gezeigt, daß sie es verstehen, die Gewerbevereinsinteressen auch in der Öffentlichkeit zu vertreten. Sch.

Verbands-Zeil.

Frauen-Vorwärtsklasse des Verbandes der Deutschen Gewerbevereine (G.-D.).
Unter Bezugnahme auf § 5 des Statuts Absatz 4 machen wir bekannt, daß nachgehende Mitglieder der Frauen-Vorwärtsklasse des Verbandes der Deutschen Gewerbevereine aus der Rasse endgültig ausgeschlossen sind, wenn sie nicht innerhalb 4 Wochen die restierenden Beiträge zahlen.

Bergarbeiter: Langendreeer Nr. 3658, 3659, 3660, 3674, 3748, 3782, 3873, 3874 und 3934.
Bildhauer: Vandsberg Nr. 3821 und 3822.
Maier u. Graph. Berufe: Saarbrücken Nr. 8791 und 8793.
Schneider: Eberbach Nr. 2580 und 3111.
 Königsberg Nr. 3597. Schweidnitz Nr. 2214.
 Stolp Nr. 2630.
Schuhmacher u. Lederarbeiter: Graubenz: Nr. 3307, 3391 und 3398. Handel Nr. 2883.
 Königsberg Nr. 3920. Weifenberg Nr. 3076, 3120, 3234, 3426, 3646, 3673, 3801 und 3908. Star-
 gard Nr. 1973.
Textilarbeiter: Bad Sulza Nr. 3374 und 3776.
 Neuenwerf Nr. 3702, 3785, 3786 und 3787.
 Berlin, den 20. Oktober 1912.
R. Klein, J. Neufeldt, Verbandsassistenten, Hauptkontrollierer.

Veranstaltungen.
Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkschaften (G. D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften, Greifswalderstraße 221-23. Mittwoch, 30. Okt., abends 8 1/2 Uhr Vortrag des Koll. Lewin über: „Kartelle, Trusts, Syndikate usw.“ (Fortsetzung). Gäste will. — **Gewerkschaften-Vereinsklub (G. V.).** Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr Lehrgangshilfe 1. Verbandshaus d. Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste will. — **Sonnabend, 2. November. Maschinenbau- und Metallarbeiter 1.** Abends 8 1/2 Uhr bei Gutzeit, Werkstatt 69. Bericht von der Kommissar. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter 2.** Abends 8 1/2 Uhr Frühst. 36 a. 1. Mittelteil. 4. Bericht des Kollegen Schumacher. 4. Werkstattangelegenheiten. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter 3.** Abends 8 1/2 Uhr Vortrag mit Damen im neuen Vereinslokal, Ref. Schül. Tempelhof Nr. 6. Vortrag des Herrn Dr. Birbaum: Die erste Hilfe bei Unfällen. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter 4.** Abends 8 1/2 Uhr bei Schumacher, Stallgasse 126. Vortrag des Kollegen Kuleitner: „Entfesseln und Bitten der Gewerkschaften“. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter 5.** Abends 8 1/2 Uhr, Gerichtstr. 31. Generalversammlung der Krankenkassenvereine. Auffassung eines Kandidaten zur Wahl für die 10. Generalversammlung. Mitteilungen. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter 6.** Abends 8-10 Uhr Jagelklub bei Krull, Putzstraße 51.

Ost- und Westpreußen.
Bremen (Ostpreußen). Jeden 1. Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr Vertretersitzung im Burdops Gesellschaftshaus, Reckenstr. 3. Bremen (Westpreußen). Jeden Donnerstag abends 9 Uhr bei Buchhop, Reckenstr. 21-23. — **Breslau und Ungen.** (Ostpreußen). Sonnabend, den 2. November, abends 8 1/2 Uhr in Bergners Festsaal, Neuegasse 25. Vortrag des Reichstagsabge-

ordneten Beirat a. D., Göttingen-Berlin. — **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2 u. 4. Donnerstag im Monat bei Puhler, Sandowstr. 42. — **Dresden.** Gewerkschaften-Vereinsklub. Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr Neuhofstr. 1. Vereinsklub. „Kartell“, Marktstr. — **Düsseldorf (Volkswirtschaftslehre).** Jeden Montag, abends von 9-11 Uhr Sitzung im Verbandsbau, Kurfürstenstr. 29. — **Elberfeld-Barmen (Ostpreußen).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertretersitzung bei Koggenkämper, Elberfeld, Kaiserstr. und Eholingstr. 46. — **Frankfurt a. M. (Gewerkschaften-Vereinsklub).** Jeden Freitag von 8-10 Uhr Lehrgangshilfe im Vereinlokal, Reichstr. 16. Verbandshilfe herl. willkommen! — **Gelsenkirchen (Ostpreußen).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Ostpreußen-Vertretersitzung im Verbandslokal von G. Simon, Alter Markt. — **Haarlem b. Nauen.** Jeden dritten Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr Diskussionsabend bei Dörmig. — **Halle a. S. (Ostpreußen).** Der Diskussionsabend findet jeden letzten Sonnabend im Monat im Passage-Restaurant, in der Großen Brauhausstraße, statt. — **Hamburg (Ostpreußen).** Jeden Dienstag, abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „Viehpf“, Lagerstraße 2. Diskussionsabend. — **Hamburg (Gewerkschaften-Vereinsklub).** Jeden Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr in Altona, Elmshäuserstr. 45-50. — **Hannover-Lindes und Umgegend (Ostpreußen).** Monatsber. der Jugendabst. am Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats, abends 8 1/2 Uhr in Linden bei Herrn Steinmeier. — **Herrn in Westf. (Ostpreußen).** Jeden 1. Sonntag im Monat vorm. 11 Uhr Vertretersitzung bei Wittwe Bihl, Ruhe, Nr. 11, gegenüber der evang. Kirche. — **Herrn in Westf. (Ostpreußen).** Jeden 2. Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr in der Stadt Hannover, Seehausstr. 95. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Kippstede (Ostpreußen).** Sonntag, den 3. November, nachmittags 8 1/2 Uhr Versammlung in Eutrop. — **Dr. Gladbach-Niehrdt (Ostpreußen).** Am 8. Nov. nachm. 5 Uhr in Niehrdt, Restaurant Bits am Markt. E. D.: Unfreie Stellungnahme zur Gewerkschaftswahl. — **Mühlheim-Nuhr.** Jeden zweiten Sonntag im Monat vormittags 10 1/2 Uhr, Vertretersitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 38. — **Schmölln (Ostpreußen).** Sonntag, 3. November, nachm. 4 Uhr, Versammlung in Grimmschank, Restaurant Schloßhof am Bahnhof. 1. Bericht. 2. Vortrag des Kollegen Gleichauf-Berlin über: „Die Bedeutung der Arbeiterfrage für das deutsche Volk“. 3. Verschiedenes. Es werden alle geladenen Ostpreußen nochmals ersucht, zahlreich mit Frauen zu erscheinen. — **Stettin (Sängerchor d. Gewerkschaften).** Die Lehrgangshilfe findet jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Lokal Nebel, Poststraße 5, statt. Stimmbegabte Kollegen herzlich willkommen. — **Teget (Distriktsklub für Teget, Borsigwald u. Reinickendorf).** Sitzung jeden Dienstag, abends 8-10 Uhr bei Kömer, Salpeterstraße 28, Ecke Schönebergstraße.

Thorn (Bäder). Jeden Sonntag nach dem 1. Ostpreußen-Versammlung bei Nicolet, Maurerstr. 62. — **Weifenberg a. S. (Fangabteilung der Gewerkschaften).** Lehrgangshilfe jeden Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gefanalliebende Gewerkschaften sind willkommen. — **Weifenberg (Ostpreußen).** Jeden 1. Sonnabend im Monat Diskussionsabend im Herrnmanns Garten. — **Worms (Ostpreußen).** Jeden Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, Singkunds im Verbandslokal „Reinhold“.

Erinnerungen bzw. Ergänzungen zum Westpreußen-Vereinsklub.
Gelsenkirchen (Ostpreußen). Gustav Hloedenhaus, Schriftführer, Zimmerstr. 8.

Literatur.

Das Buchlein der Eltern. Im August d. J. erschien im Verlage der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, Berlin, unter diesem Titel ein Schriftchen des Sozialphilosophen Geh. Regierungsrat Prof. Dr. F. r. i. e. d. e. s. Das ist die Aufgabe, stellt, junge Eltern darüber zu unterrichten, wie sie ihr Kind nach dem ersten Lebensjahre bis zum Beginn der Schulzeit zu behandeln haben. Für die Säuglingspflege gibt es eine Menge zum Teil sehr guter Schriften, ebenso für die körperliche und geistige Erziehung des Schulkindes. Für die hauswirtschaftliche Zeit fehlt es jedoch an einer für die Masse der Bevölkerung geeigneten Anweisung, so daß ein großer Teil der gesundheitlichen Erfolge, die durch die Verbesserung der Säuglingspflege erreicht werden würde, verlustig geht. Diese Lücke füllt der Verfasser des „Buchleins der Eltern“, der sich seit langen Jahren mit hygienischen Fragen beschäftigt, auszufüllen. Mit den nötigen Anweisungen in bezug auf die Körperpflege verbindet er aber auch wertvolle Ratschläge für die geistige Erziehung des heranwachsenden Kindes. Das von ärztlicher wie von pädagogischer Seite beifällig beurteilte Schriftchen soll durch die Ständesämter, denen die Geburt eines ersten Kindes angezeigt wird, dem Anmeldeenden übergeben werden. In den ersten zwölf Monaten nach dem Erscheinen wurden über 100 000 Exemplare von der Regierung, Kreis- und Gemeindefürsorge, in der Regel umsonst abgegeben. Das Geldopfer, das die Gemeinden dafür bringen, ist ein kaum nennenswertes, da die vorliegende Gesellschaft, welche die Verbreitung des Schriftchens aus sozialen Gründen möglichst zu fördern wünscht, den Preis auf nur 5.- Mark für das Dutzend, portofrei geliefert, gestellt hat. Wo unsere Kollegen Einfluß in den Gemeindevorstellungen haben, sollten sie dafür sorgen, daß das Buch, wie angeben, jungen Eltern unentgeltlich zugänglich gemacht wird.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Zur Anschaffung dringend zu empfehlen:
Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich.
 Von Karl Goldschmidt.
 Ein Leitfaden für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908.
 Preis pro Exemplar für Mitglieder 20 Pfg. 6 Stück kosten 1,00 Mk., 12 Stück 1,80 Mk.
 Bei Bestellungen, die an den Verbandsassistenten Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23 zu richten sind, ist der Betrag mitzuführen. Die Bestellung kann auf dem Postanweisungsschnitt erfolgen.

Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder!
 Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die **Frauen-Begräbnisliste des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften.**
 Eintrittsgeld 25 Pfg. 3 Aufsätze vom 15. bis 45. Jahre ohne ärztliche Untersuchung.
 Versichertes Begräbnisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark.
 Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewählten Versicherungssumme und des Beiträgers 3 bis 9 Pfg.
 Alle Ortsvereine nehmen Anmeldungen entgegen.
 Flugblätter und Material versendet das Verbandsbureau:
 Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Posen (Ostpreußen) gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstufung, zu erhalten ist dieselbe bei den Ortsvereinsassistenten und bei Friedrich Ehrlich, Beilnerstr. 19.

Forst L. 2. Für Durchreisende Unterstützung und Herberge bei August Müller, Fruchtstraße 6.

Mathenow (Ostpreußen). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ostpreußen-Gesellschaft beim Kassierer S. Wieland, Forststr. 61 III.

Sohrensdorf (Ostpreußen). Durchreisende Kollegen jeden Besuchs erhalten Reiseunterstützung beim Kollegen K o h l, Nordstr. 10.

Edlis und Wälschitz a. M. (Ostpreußen). Durchreisende erhalten Besprechungsfahrt im Gewerkschaftsbureau, Severtstr. 118 I.

Potsdam (Ostpreußen). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ostpreußen-Gesellschaft beim Kassierer ihres Ortsvereins.

Schmölln (Ostpreußen). Allen durchreisenden Gewerkschaftenkollegen wird für Quartier eine Unterstufung von 60 Pfg. gezahlt. Karten Ausgabe bei E. Tragsdorf, Bachstraße 2.

Freuslau (Ostpreußen). Durchreisende arbeitslose Kollegen erhalten 75 Pfg. Ostpreußen-Gesellschaft bei Witt, Wittstr. 642.

Spandau (Ostpreußen). Durchreisende Kollegen aller Berufe erhalten ein Ostpreußen-Gesellschaft von 75 Pfg. im Lokal von W. Schneiderath, Röllke- und Bismarckstr. 46e.

Im Buchverlag der „Hilfs“ erscheint im Oktober 1912 das
Taschenbuch für die Deutschen Gewerkschaften 1913.
 Herausgegeben unter Redaktion des Verbandsvorsitzenden Karl Goldschmidt vom **Verband der Deutschen Gewerkschaften (H.-D.)**
 Inhalt: Kalendarium, Aufsätze hervorragender Mitarbeiter, Notizblätter. Im ganzen 112 Seiten im Umschlag. Gutes Papier, vornehmer Druck, beste Ausstattung.
 Der Selbstkostenpreis für die Herstellung dieses Taschenbuchs beträgt 10 Pfg. pro Stück. Für den gleichen Preis wird das Taschenbuch auch an unsere Ortsvereine abgegeben; alle Unkosten an Porto tragen die Besteller. Das Geld ist portofrei an unsere Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23 zu senden. Ausser dem Betrag von 10 Pfg. pro Stück für die ganze Stückzahl, also für 80 Stück 8 Mk., für 50 Stück 5 Mk., für 100 Stück 10 Mk., ist auf Postanweisung 5 Pfg. Abtragsgebühr mitzubehalten und das Porto für die Zusendung der Taschenbücher hinzuzufügen. Dieses Porto beträgt 25 Pfg. für Pakete von 18-90 Stück in der 1. Zone (10 Meilen Umkreis von Berlin), für alle übrigen Zonen 50 Pfg.
 Um diese Nebenkosten mit zu decken, verkaufen die Ortsvereine das Stück mit 15 Pfg.
 Bestellungen mit Einsendung des Betrages sind schon jetzt an uns zu richten, damit die Auflage rechtzeitig festgesetzt werden kann.
Der geschäftsführende Ausschuss des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften (H.-D.)
 I. A.: Neustadt, Verbandssekretär.
 Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.